

Interview
13. Juli 2022

Achim Berg, Präsident Branchenverband Bitkom, im Gespräch mit Stefan Heinlein

Stefan Heinlein: Ein Schutzschirm für die kritische Infrastruktur gegen Cyber-Angriffe – die Bundesinnenministerin präsentierte gestern ihre Pläne, um deutsche Behörden künftig besser gegen Hacker, Viren und digitale Attacken zu verteidigen. Doch aktuell braucht es keine Störenfriede von außen. Die deutsche Finanzverwaltung legt sich selber lahm. Das elektronische Online-Steuerportal „Elster“ hatte in den letzten Tagen einen Komplettabsturz. Seit Anfang Juli ist das Portal freigeschaltet für die neue Grundsteuererklärung. Nun geht in weiten Teilen nichts mehr. Am Telefon ist nun Achim Berg, Präsident des Branchenverbandes Bitkom, eines Dach- und Interessenverbandes der deutschen Informations- und Telekommunikationsunternehmen. Guten Morgen, Herr Berg!

Achim Berg: Guten Morgen, Herr Heinlein.

Heinlein: Ist Deutschland im internationalen Vergleich ein digitales Entwicklungsland?

Berg: Das muss man wahrscheinlich so sagen. Wir springen in der Verwaltung von einem Digital-Desaster ins nächste und es wird von Mal zu Mal schlimmer. Wir erinnern uns an den digitalen Personalausweis, wir erinnern uns an das ganze Thema um die Corona-Warn-App, und überall heißt es, mein Gott, wir haben gerade hier ein Problem, aber wir fixen das. Das haben wir gerade bei „Elster“ auch gehört. Aber ich glaube, wir haben ein grundsätzliches Problem. Gerade in der Verwaltung sind wir in Europa auf einem Abstiegsplatz und wir kommen einfach nicht nach vorne. Ich glaube, es fehlt manchmal auch wirklich am politischen Willen, hier etwas zu tun. Es gibt genügend Aussagen der Politiker und Politikerinnen in den verschiedenen Unterlagen, die sie haben, aber es wird einfach nicht besser.

Heinlein: Warum hat die Politik offenbar nicht den Willen, wenn das richtig ist, was Sie sagen, die deutsche Verwaltung zu digitalisieren? Warum setzt man immer noch auf Faxgeräte wie bei Corona, oder Sie haben die Gesundheitskarte genannt, auch das ein Chaos?

Berg: Ich glaube, wir müssen uns grundlegend ändern, weil die Verwaltungsprozesse in den Behörden müssen zudem wirklich durchgängig digitalisiert werden. Analoge Prozesse sollten ein Verfallsdatum bekommen und wir sollten auch dafür sorgen, dass diese Verwaltung bei der Digitalisierung auch nicht Nachzügler ist, sondern Vorreiter. Das geht mit ganz einfachen Maßnahmen, zum Beispiel Abschaffung der Schriftform-Erfordernisse. Der eigentliche Punkt ist, dazu muss der politische Wille da sein. Dazu muss die Abstimmung da sein. Wir sind uns in den Behörden, in den Bundesverwaltungen und in den Landesbehörden einfach nicht einig. Jeder kocht sein eigenes Süppchen, jede Kommune kocht ihr eigenes Süppchen. Das ist extrem hinderlich. Ganz nebenbei fehlt auch manchmal der Wille, es zu tun. Ich glaube, wir könnten deutlich mehr tun, und mein Punkt ist, man kann es auch wirklich von oben treiben. Wenn man merkt, dass wir so zurück sind, dass wir gerade in der Verwaltung so dermaßen zurück sind, dann muss auch mal eine Stimme von oben kommen – von oben meine ich jetzt auch aus der Bundesregierung.

Heinlein: Sie sagen, vor allem der politische Wille fehlt. Aber fehlt es dem Staat, den Behörden, egal ob Bund, Länder oder Kommunen, auch an Geld, an Knowhow für eine vernünftige digitale Ausstattung der Behörden?

Berg: Das ist ja das Verrückte. Genau an Geld fehlt es uns nicht. Das Problem ist, diese Digitalprojekte werden in diesem föderalen Mahlwerk zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zerrieben. Digitalpolitik lässt sich ja nicht als Kirchturmpolitik machen und in Deutschland bestimmt sehr oft der Langsamste das Tempo. Wenn die Bremser die Geschwindigkeit bestimmen, kommen wir nicht voran, und deshalb ist es nicht das Geld und es ist auch in bestimmten Bereichen nicht das Knowhow. In der Wirtschaft ist das Knowhow deutlich vorhanden. Wir brauchen eine sehr

grundsätzliche Föderalismus-, eine Staatsstrukturreform, um überhaupt handlungsfähig zu werden. Das ist unser größtes Problem.

Heinlein: IT-Spezialisten – Sie wissen es besser als ich – sind Top-Verdiener in Unternehmen. Beim Staat, bei den Behörden sind die Gehälter eher übersichtlich. Inwiefern spielt dies eine Rolle, man bekommt einfach nicht die Top-Leute?

Berg: Dass ein Mangel an Fachkräften besteht, ist in der ganzen Branche so. Die Verwaltung hat aber einen großen Vorteil: ein sehr sicherer Arbeitsplatz, der auch von vielen gesucht wird. Und wir haben die Diskussion häufiger geführt: Natürlich ist es wichtig, ein angemessenes Gehalt zu zahlen, aber ich merke auch bei den Kommunen, dass sie mittlerweile willens sind, etwas daran zu tun. Vor allen Dingen der Reiz eines sehr sicheren Arbeitsplatzes ist auch für viele interessant. Natürlich ist der Fachkräftemangel ein Problem, aber keine Entschuldigung für das digitale Desaster, was wir gerade erleben.

Heinlein: Oft erwähnt wird auch der Datenschutz in Deutschland. Das ist ja ein sehr, sehr hohes Gut. Bund und Länder, auch Kommunen haben Datenschutz-Beauftragte, die mit Argusaugen wachen über die digitalen Produkte. Inwiefern behindert die deutsche Angst vor Datenklau und Überwachung die Digitalisierung der Behörden?

Berg: Wir haben das ja schon gesehen bei der Corona-Warn-App. Bei der Corona-Warn-App war es ja so: Da haben wir den Datenschutz vor die Gesundheit gesetzt, haben dann nach Monaten von Diskussionen wahrscheinlich die beste Corona-Warn-App weltweit gebaut, auch anerkanntermaßen weltweit, aber wir haben uns extrem durch den Datenschutz geschadet. Ich glaube, in anderen europäischen Ländern hätte ein Knopfdruck gereicht und die Grundstückseigentümer hätten mit einem Häkchen bestätigt, dass alles stimmt. Aber in Deutschland machen wir aus jedem Datenaustausch eine Staatsaffäre und die digitale Verwaltung liegt da wirklich im Dornröschen-Schlaf. Das sorgt für diesen berechtigten Frust bei Bürgerinnen und Bürgern. Es kostet vor allen Dingen Zeit und Geld. Datenschutz, wie wir es leben, ist in der Tat etwas übertrieben.

Heinlein: Etwas übertrieben, sagen Sie. Cloud-Lösungen für die Behörden, um Daten zentral speichern zu können und dann auch abrufen zu können für jede einzelne Behörde, wenn das alles zentral gespeichert wird, wachsen da nicht die Gefahren des Datenklaus?

Berg: Wir kommen jetzt zum Thema Cyber-Sicherheit. Natürlich ist das ein Thema. Aber mein Gott, Sie gehen ja auch nicht aus dem Haus und schließen die Tür nicht hinter sich ab. Es ist klar, dass Sie bei dem Thema Cyber und auch bei der Datensicherheit Ihre Hausaufgaben machen müssen, und ich glaube, es ist eine falsche Meinung, dass man denkt, dass die Daten in der Cloud unsicherer sind als im eigenen Keller. Dem ist genau nicht so. Aber Sie müssen Ihre Daten schützen.

Heinlein: Herr Berg, Sie haben die Cyber-Sicherheit angesprochen. Gestern präsentierte die Innenministerin ihre Pläne für mehr Schutz der kritischen Infrastruktur gegen digitale Attacken. Sie sprach von einer Zeitenwende und einer strategischen Neuaufstellung. Wie überzeugend finden Sie ihr neues Konzept?

Berg: Erst mal grundsätzlich: Das Thema Cyber-Sicherheit ist mega wichtig. Das ist eine enorme Bedrohung für die deutsche Wirtschaft, nämlich jedes zehnte Unternehmen sieht deshalb laut unseren Erkenntnissen, die wir gerade gemacht haben, seine Existenz bedroht. Die Lage ist ernst für die deutsche Wirtschaft, aber auch nicht nur für die Wirtschaft, auch für Privatpersonen, Behörden und andere Institutionen.

Grundsätzlich zum Paket der Innenministerin: Das Thema ist wichtig, die Bedrohungslage steigt. Da ist es wirklich gut, dass sie was macht und dass sie sich auch vor der Sommerpause noch für die Erhöhung der Cyber-Sicherheit und die Modernisierung vor allen Dingen dieser behördlichen Ermittlungsarbeit einsetzt und dass sie das entschlossen angehen wird. Das ist sehr wichtig. Und ich glaube, auch diese Stärkung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, des BSI, als zentrale Anlaufstelle ist sehr wichtig, weil da kann man effektiv auf diese, sich verschärfende Bedrohungslage reagieren. Von daher ist es grundsätzlich positiv, was die Innenministerin da angestoßen hat.

Heinlein: Was ist daran so wichtig? Warum ist es so zentral, dass es nicht einzelne Behörden gibt, sondern, wie die Innenministerin Faeser jetzt vorhat, eine Zentralstelle von Bund und Ländern für diese Cyber-Sicherheit?

Berg: Beim Thema Cyber-Sicherheit ist es wichtig, dass man schnell und entschlossen reagiert. Wenn wir jetzt zum Beispiel durch das BSI die Möglichkeit haben, dass man wirklich auch den Ländern im Prinzip sagen kann, da besteht eine Gefahr, im Moment können wir nur Amtshilfe leisten, haben angesichts der gewachsenen Bedrohung nicht die Möglichkeit, direkt durchzugreifen, das ist im Prinzip das Positive daran. Was aber auch positiv ist, dass auf das Bundeskriminalamt bei Melde- und Lösprozessen von MissbrauchsDarstellungen künftig wirklich eine koordinierende und vor allen Dingen eine zentrale Rolle zukommen wird. Gerade der Kampf gegen sexualisierte Gewalt an Kindern, das wirklich effektiver zu machen und dafür zu sorgen, dass entsprechende Darstellungen auch schneller aus dem Internet verschwinden, ist für mich auch sehr wichtig. Von daher ist dieser Wunsch nach Zentralisierung ein ganz wichtiges und dringendes Anliegen.

Heinlein: Sie haben eingangs Deutschland durchaus beschrieben als ein digitales Entwicklungsland, Herr Berg. Wenn Sie in die Zukunft blicken, wie lange wird es dauern, bis Deutschland diese digitalen Defizite aufholen kann? Jahre oder Jahrzehnte, bis Deutschland zumindest ein Schwellenland wird?

Berg: Das liegt wirklich an dem Willen der Verwaltung. Ich glaube, in der Wirtschaft haben wir weniger das Problem, aber die Verwaltung muss sich jetzt selber modernisieren, muss auch heilige Zöpfe oder heilige Kühe schlachten. Das Thema Föderalismus, Staatsstrukturreform ist für mich wichtig. Wenn wir das wirklich jetzt mal konsequent angehen in allen Bereichen, wenn die Bundesbehörden auch wirklich eng zusammenarbeiten, wenn wir auch wirklich mal ein richtiges Digitalministerium bekommen, auch Länder und Bund sehr viel enger zusammenarbeiten, dann haben wir eine Chance. Tun wir das nicht wie bisher, werden wir auf unserem Abstiegsplatz bleiben.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.